



Rechenschaftsbericht

des Rektors

September 2004 – Juni 2006

Rektor: Prof. Dr. Falk Roscher

Esslingen am Neckar

Juli 2006

INHALT	Seite
I. ÜBERBLICK	3
II. STUDIUM UND LEHRE	6
III. FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG SOWIE WEITERBILDUNG	13
IV. AUF DEM WEG ZUR HOCHSCHULE ESSLINGEN	18
V. QUALITÄTSSICHERUNG UND QUALITÄTSENTWICKLUNG (Prorektorin Prof. Christel Althaus)	24
VI. HOCHSCHULPOLITISCHE SITUATION	30
VII. HAUSHALT (Verwaltungsdirektor Gerhard Wörner)	33

I. ÜBERBLICK

In dem vom Rechenschaftsbericht umfassten Zeitraum haben sich bei den Mitgliedern der Hochschule einschließlich der Leitung immer wieder sehr widersprüchliche Empfindungen eingestellt. Zum einen konnte man sich über für die Hochschule außerordentlich erfolgreiche Entwicklungen freuen, wie zum Beispiel die Akkreditierung aller ihrer Studiengänge, der gute Start ihrer forschungsorientierten Master-Studiengänge, die weitgehende Erfüllung der Ziele der Struktur- und Entwicklungsplanung, die Berücksichtigung im Programm der Landesstiftung für die Einführung innovativer Studiengänge, die nunmehr auch finanzielle Förderung des Instituts für angewandte Forschung durch das Wissenschaftsministerium, um nur einige der wichtigsten Punkte zu nennen. Auf der anderen Seite sah man unaufhörlich den Zeitpunkt näher rücken, zu dem die Eingliederung dieser in Baden-Württemberg und Deutschland in ihrem Feld äußerst erfolgreichen Hochschule in die neue Hochschule Esslingen erfolgt. In dieser sehr ambivalenten Situation – hier Erfolg eben gerade als eigenständige Institution, dort klar vor Augen die Beseitigung ihrer Eigenständigkeit – war und ist es kein Trost, dass es zumindest formal die Esslinger Schwesterhochschule in gleicher Weise trifft.

Es spricht für die Hochschule für Sozialwesen Esslingen, dass sie in dieser Situation nicht in Lethargie oder gar eine Handlungsstarre verfallen ist. Die mit der Studienreformatarbeit für die neuen Bachelor- und Master-Studiengänge begonnene Neuorientierung des Studienangebots wurde intensiv weiterverfolgt, nicht zuletzt mit zahlreichen neuen Ansätzen für Lehre und Studium. Hier sei nur beispielhaft genannt der aktive Einstieg in die gemeinsam mit der Hochschule für Technik betriebene Lernplattform Clix, der gerade für sozialwissenschaftlich orientierte Studiengänge keineswegs selbstverständlich ist. Für die Forschungsarbeit wurde nach intensiver Diskussion der Mitglieder des IAF eine zukunftsorientierte Neukonzeption erarbeitet, die Eingang gefunden hat in einen Antrag für ein Zentrum für angewandte Forschung, gefördert aus Mitteln des Landes. Neben den vorhandenen Weiterbildungen wurden neue Weiterbildungskonzepte entwickelt, die unmittelbar vor ihrer Verwirklichung stehen. Dadurch wird der Eigenmittelanteil der Hochschule erhöht. Er ist absolut zwar nicht übermäßig groß, erreicht jedoch

im Verhältnis zu den staatlicherseits im Haushalt für die Hochschule insgesamt vorgesehenen Mittel durchaus beachtliche Ausmaße. Auch im Verwaltungsbereich wurden alle Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung genutzt, insbesondere bei der zügigen Umsetzung neuer HIS-Programme im Verwaltungsablauf.

Ich möchte deshalb allen Mitgliedern der Hochschule, aber auch den externen Mitgliedern unseres Hochschulrates an dieser Stelle meinen ganz besonderen Dank aussprechen. Sie haben im Bewusstsein der eingangs angedeuteten Widersprüchlichkeit alle daran mitgearbeitet, dass wir mit Stolz und sicherer Überzeugung sagen können, die Hochschule für Sozialwesen Esslingen wird nicht wegen fehlender Erfolge, sondern trotz ihrer Erfolge und ihres Standing in der baden-württembergischen Hochschullandschaft aufgehoben.

Nicht unerwähnt kann bleiben, dass im Berichtszeitraum vor allem im Bereich der Verwaltung und der Hochschulleitung mit steigender Intensität zusätzliche Belastungen aufgetreten sind, hervorgerufen durch die notwendigen Vorbereitungen zur Aufhebung der beiden Esslinger Hochschulen und zur Errichtung der neuen Hochschule. Hier möchte ich ganz besonders unserem Verwaltungsdirektor, Herrn Gerhard Wörner, für seinen unermüdlichen Einsatz sowohl als Mitglied des Rektorats als auch als Leiter der Verwaltung danken.

Auch für die Prorektorin, Frau Prof. Christel Althaus, ergab sich immer mehr zusätzlicher Arbeitsaufwand. Sie wird entsprechend dem Gesetz zur Errichtung der Hochschule Esslingen in der neuen Hochschule als Prorektorin arbeiten. Deshalb wurde sie in zunehmendem Maße in die Arbeit des Rektorats der Hochschule für Technik einbezogen, welches am 1.10.2006 die übrigen Mitglieder des Rektorats der neuen Hochschule Esslingen stellen wird. Ich möchte für ihren großen Arbeitseinsatz und vor allem die jederzeit gewährte loyale und engagierte Unterstützung im Rektorat ganz herzlich danken.

Frau Prof. Christine Köckeritz hat mit außerordentlichem Engagement als Dekanin die Fakultät Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege geleitet. Ihr ist es gelungen, in der durch die Zusammenführung der früheren beiden Fachbereiche

Soziale Arbeit einerseits und Gesundheit und Pflege andererseits sehr großen Fakultät sowohl inhaltlich als auch organisatorisch die Effizienz und Effektivität der Arbeit weiter zu steigern. Auch hier spreche ich meinen ausdrücklichen Dank aus, ohne damit die Leistungen der anderen Leitungspersonen der Fakultät schmälern zu wollen.

II. STUDIUM UND LEHRE

Zum Beginn des Wintersemesters 2004/05 wurden erstmals in den Studiengängen der Hochschule ausschließlich Studierende für den Abschluss Bachelor zugelassen. Zum 1. März 2005 begannen die beiden ersten Master-Studiengänge. In diesen schließen die ersten Absolventinnen und Absolventen mit ihrer Master-Thesis im Sommersemester 2006 ab. Die Studierenden in den Bachelor-Studiengängen befinden sich im Sommersemester 2006 bereits in ihrem fünften Studiensemester, die Doppelbelastungen durch die Zeitgleichheit der neuen gestuften Studiengänge einerseits und der auslaufenden Diplom-Studiengänge andererseits hat im Wintersemester 2005/2006 ihren Höhepunkt erreicht und überschritten.

Von zentraler Bedeutung war es, nach Beginn des neuen gestuften Studiensystems zügig die Akkreditierung aller Studiengänge zu erreichen. Mit der renommierten Akkreditierungsagentur AQUIN wurde eine so genannte Paket-Akkreditierung vereinbart, bei der der Aufwand für die Hochschule auch in finanzieller Hinsicht günstig gestaltet werden konnte: durch eine erweiterte Peer-Group in einem konzentrierten Verfahren mit einem einheitlichen Selbstreport für alle Studiengänge und einer zeitlich straffen Form der Begehung. Für die seitens der Hochschule zu leistenden vorbereitenden organisatorischen, aber auch für Teile der inhaltlichen Arbeit konnte Frau Nicole Bänder in Teilzeitbeschäftigung gewonnen werden. Sie hatte noch als Studentin in den Gremien der Hochschule an der Entwicklung der neuen Studienkonzeption mitgearbeitet, so dass sie neben ihrer sonstigen Berufstätigkeit in der Sozialen Arbeit ohne eine besondere Einarbeitung zügig mit der Vorbereitung des Selbstreports beginnen konnte. Bei den Arbeiten für den Selbstreport war es von großem Nutzen, dass in der Studienreformatarbeit zu dem neuen gestuften Studiensystem bereits systematisch darauf geachtet worden war, dass die KMK-Vorgaben für eine Akkreditierung genau eingehalten werden. Insbesondere für die geforderten Modulhandbücher lagen die Modulbeschreibungen vor. Hier bestand eine wesentliche Aufgabe für die Akkreditierung noch darin, das einheitliche Bild in der Gestaltung zu gewährleisten und auch an der einen oder anderen Stelle die Ziel- und Kompetenzbeschreibungen zu präzisieren. Fristgerecht konnte die

Selbstdokumentation der Akkreditierungsagentur Anfang Mai 2005 vorgelegt werden, so dass diese in der Lage war, die in der Agentur durchzuführenden Prüfverfahren bis hin zu Bestellung der Peer-Group so abzuwickeln, dass diese im November 2005 die Hochschule besuchen konnte. Auch wenn gerade in diesem Wintersemester die Belastung – wie bereits erwähnt – durch das noch zeitgleiche Anbieten von Diplom-Studiengängen und Bachelor- bzw. Master-Studiengängen besonders hoch war, ist es gelungen, den Peers bei ihrem Besuch einen intensiven Eindruck von den Möglichkeiten und Leistungen der Hochschule zu vermitteln. Aus der zusammenfassenden Bewertung des Peer-Reports, der für die Hochschule außerordentlich erfreulich ausfiel, sei nur eine Passage im Wortlaut zitiert:

„Die Hochschule hat die Herausforderungen des so genannten Bologna-Prozesses aktiv zur Studienreform genutzt und vorzeitig die Fristen zur Umgestaltung mit dem Anspruch ohne Qualitätsverlust im Vergleich zu den Anforderungen der bisherigen Diplom-Studiengänge erfüllt. Die Studiengänge gewährleisteten mit ihrer konsequent durchgeführten modularen Struktur die Erfordernisse moderner, zielorientierter Lehr- und Lerngestaltung, um die Bedürfnisse der Studierenden wie auch der Praxis nach einer transparenten und nachvollziehbaren Qualifikation für die speziellen beruflichen Anforderungen zu erfüllen. Die Hochschule Esslingen hat mit der frühen Umstellung ihres Studienangebots eine Vorreiterstellung inne. Die aktive und reformfreudige Hochschule kann durch ihre permanenten Entwicklungen den neuesten Stand in der wissenschaftlichen Lehre behaupten.“

Im April 2005 erhielt die Hochschule den Akkreditierungsbescheid mit dem Gütesiegel des Akkreditierungsrats und zwar für alle Bachelor-Studiengänge ohne Auflagen, für die Master-Studiengänge mit einer Auflage zur Darstellung in der Zulassungsordnung, die zwischenzeitlich durch eine Satzungsänderung erfüllt ist. Von besonderer Bedeutung ist, dass die Peer-Group hinsichtlich der Master-Studiengänge sich für die Feststellung bei der Akkreditierung der Master-Studiengänge „eröffnet den Zugang zum Höheren Dienst“ ausgesprochen hat und zwar mit der ausdrücklichen Feststellung „beide Master-Studiengänge leisten die geforderte Wissenschaftlichkeit wie auch die Fähigkeit zur Anwendung wissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisse und die für den Übergang zur Berufspraxis notwendigen Fachkenntnisse“. Die fragliche Feststellung – die im Fach-

hochschulbereich gegenwärtig ja noch der Abstimmung mit den Landesministerien bedarf – ist erfolgt.

Da die Hochschule mit diesem Programm in den Bereichen Sozialer Arbeit und Pflege unverändert in Deutschland führend ist, was die konsequente Umsetzung des Bologna-Prozesses angeht, wird die vorhandene Fachkompetenz auf Dekanekonferenzen, Rektorenkonferenzen und auf Tagungen bei Vorträgen und Ähnlichem regelmäßig abgefragt. Dies gilt bundesweit, aber natürlich ganz besonders auch für die vergleichbaren Studienangebote an den Hochschulen des Landes, wobei wir im Land aktiv den Kolleginnen und Kollegen unsere Unterstützung angeboten haben, die auch in Anspruch genommen wurde. Zunehmend können wir deshalb beobachten, dass zum Beispiel unsere Modulbeschreibungen – manchmal bis in die einzelne Formulierung hinein – auch in Studienkonzepten anderer Hochschulen auftauchen. Eine Tatsache, die uns natürlich im Hinblick auf die so zum Ausdruck kommende Anerkennung unseres Konzepts freut, andererseits uns im Hinblick auf den von uns geleisteten Arbeitsaufwand, den sich andere nun sparen, auch ein wenig schmerzt.

Der Bologna-Prozess hat es mit sich gebracht, dass Studienziele und Studieninhalte in einem sehr viel höheren Maße als früher dokumentiert werden müssen. Genügte früher Studien- und Prüfungsordnungen mit mehr oder weniger umfangreichen Stundentafeln und knappen Titeln zu den vorgesehenen Lehrveranstaltungen – vielleicht noch ergänzt durch kurze Inhaltsbeschreibungen in einem kommentierten Vorlesungsverzeichnis – liegen nun deutlich umfangreichere Dokumentationen vor. Damit stellt sich allerdings ein neues Problem, nämlich, wie man diese Dokumentationen so gestaltet, dass sie auch leicht kommunizierbar werden. Wir haben uns zunächst entschlossen, alle Studiengänge und ihre Modulbeschreibungen sowie die dazu gehörigen Studien- und Prüfungsordnungen überschaubar auf einer CD-ROM zu dokumentieren, die allen Studienanfängern zu Studienbeginn ausgehändigt wird. Dies wurde erstmals zu Beginn des Wintersemesters 2005/2006 gemacht. Auch die externen Mitglieder des Hochschulrates haben eine solche CD-ROM erhalten. Die Alternative – Dokumentation über das Internet – haben wir zunächst aufgrund der oben angedeuteten wettbewerblichen Situation nicht gewählt. Es zeichnet sich aber ab, dass wir

diesen Kommunikationsweg auch gehen müssen, nicht zuletzt in Verknüpfung mit einer komplexen Moduldatenbank, in welcher Aktualisierungen und Veränderungen differenziert und dokumentiert werden müssen. Schließlich hat sich auch gezeigt, dass der Weg über die CD-ROM trotz eines gewissen Kopierschutzes den Kreis derer, die Zugang zur Information haben, nicht wirklich begrenzen lässt.

Nach mehreren Verzögerungen erfolgte im Berichtszeitraum die Ausschreibung der Landesstiftung Baden-Württemberg zum „Zukunftssicherungsprogramm Fachhochschulen und Berufsakademien – Kernbereich II, Lehroffensive“. Hier sah die Hochschule die Möglichkeit den in ihrer Struktur- und Entwicklungsplanung angestrebten Bachelor-Studiengang „Bildung und Erziehung in der Kindheit“ zu verwirklichen. In einem zweistufigen Auswahlverfahren – Einreichung einer Projektskizze und nach deren positiver Begutachtung erneute Prüfung der ausführlichen Konzeption – war die Hochschule zunächst insoweit erfolgreich, als sie aufgrund ihrer Projektskizze zur zweiten Stufe eingeladen wurde und dann im September 2005 den umfangreichen Antrag eingereicht hat. Dieser wurde erneut begutachtet und nach einer abschließenden Vorstellung des Vorhabens bei den Gutachtern im November 2005 wurde signalisiert, dass das Vorhaben im Rahmen des fraglichen Programms als vorrangig zu fördern eingestuft worden war.

Eine kleine Gruppe von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern, zu welcher unter Federführung von Frau Prof. Miedaner als engerer Kern Frau Prof. Kölsch-Bunzen, Frau Prof. Simon-Hohm und Herr Prof. Schwarz zählten, entwickelte in Zusammenarbeit mit weiteren Kolleginnen und Kollegen das Studiengangskonzept zur „Startreife“. Das heißt, Gesamtkonzeption, Studien- und Prüfungsordnung sowie differenziertes Modulhandbuch entsprechend den sonstigen Modulhandbüchern der Hochschule liegen vor. Die von Anfang an bestehende Zielsetzung, mit dem Studiengang im Wintersemester 2006/2007 zu beginnen, ist durch die Beschlüsse der Gremien der Hochschule nochmals bestätigt worden, jedoch aufgrund erheblicher Schwierigkeiten bei der Prüfung der so genannten „Steuerschädlichkeit“ innerhalb der Landesstiftung nicht ungefährdet. Immerhin hat die Landesstiftung im Mai eine Förderzusage von 455.000,- Euro ausgesprochen und signalisiert, dass die Frage der Steuerschädlichkeit durch eine entsprechende Gestaltung der Vertragsbedingungen so gelöst werden kann, dass einer Förderung

nichts mehr im Wege steht. Allen Beteiligten an dieser für die Hochschule sehr wichtigen Entwicklungsarbeit möchte ich ganz herzlich für ihr Engagement danken, nicht zuletzt Frau Prof. Miedaner, die sehr viel Zeit ihres Fortbildungs- und Forschungssemesters für diese Entwicklungsarbeit eingesetzt hat.

Seit Beginn des Jahres und in Verbindung mit dem Kongress „Hochschule 2012“ im Februar 2006 wurde differenzierter erkennbar, dass das Land einen zumindest vorübergehenden Ausbau der Studienanfängerkapazitäten um etwa 16.000 Plätze anstrebt. Signalisiert wurde auch, dass anders als bei früheren Ausbauprogrammen der sozialwissenschaftliche Bereich der Fachhochschulen hier deutlich Berücksichtigung finden muss. Dies ist zum einen für unsere Hochschule von Bedeutung für den oben erwähnten Studiengang „Bildung und Erziehung in der Kindheit“, weil sich damit eine Folgefinanzierung nach der Durchführung des Projekts für die Landesstiftung konkretisiert und so auch die Nachhaltigkeit dieses Vorhabens gesichert werden kann. In diesem Zusammenhang ist natürlich auch von Bedeutung, dass die Initiative „Kinderland Baden-Württemberg“ der Landesregierung einen wichtigen Schub für dieses Vorhaben bedeutet. Über dieses konkrete Beispiel hinaus hat die Hochschule auf Anforderung des Wissenschaftsministeriums und nach entsprechender Behandlung im Gründungsaufsichtsrat dem Land auf der Basis ihrer bisherigen Struktur- und Entwicklungsplanung weitere Möglichkeiten für einen Ausbau vorgeschlagen. Diese sind:

- Wiederausbau des Studiengangs Soziale Arbeit, der aufgrund der aus eigener Kraft entwickelten Pflege-Studiengänge 1998 eingeschränkt wurde
- Lehrer/innen für Sozial- und Gesundheitsberufe
- Angewandte Gesundheitswissenschaften mit einer Berufsorientierung in Richtung zum Beispiel
 - der Gesundheitsförderung, Gesundheitserziehung und –bildung
 - des Gesundheitsmanagements und der Gesundheitsberichterstattung
 - des Einsatzes klassischer und vor allem neuer Medien in Therapie und Rehabilitation (Kunsttherapie und Ähnliches)
- Aufnahme bisher nicht im tertiären Bereich angesiedelter Medizinalfachberufe wie Logopädie und Ergotherapie
- Angewandte Gerontologie mit Berufsorientierung in Richtung zum Beispiel
 - Handel und Industrie für altersgerechte Angebote

- Management, Sozialplanung und Rehabilitation im Hinblick auf altersgerechte Angebote auf allen Ebenen der Dienstleistung
- Weitere angewandte Sozialwissenschaften mit einer Berufsorientierung in Richtung zum Beispiel
 - Gendermainstreaming
 - Interkulturelle Beratungs- und Unterstützungskompetenz
 - Arbeitsintegration (Beratung, Unterstützung, Management für zweiten und dritten Arbeitsmarkt)
- Sozialjurist.

Ein besonderes Ereignis war die im April 2006 wieder abgehaltene mehrtägige ERASMUS-Tagung, die dieses Jahr zusammen mit unserer Partneruniversität in Plymouth unter dem Thema „Divergence and Convergence: Social Welfare and Health in Europe – Economic, Social Cultural and Practical Prospects“ durchgeführt wurde. Bei zahlreichen interessanten Vorträgen und auch eine regen Teilnahme der Studierenden fanden wesentliche Teile in der Aula statt. Ein reger Gedankenaustausch wurde damit abgeschlossen, dass für die zukünftige Zusammenarbeit in Lehre und Forschung konzeptionelle und sehr konkrete Schritte beschlossen wurden. So hat im Anschluss an die Tagung bereits Frau Prof. Kaba-Schönstein Anfang Juni in Plymouth in dem dortigen Fernstudiengang eine mit Bildübertragung durchgeführte Veranstaltung abgehalten, die auch über Internet in Esslingen verfolgt werden konnte. Insbesondere die europäische Sozialpolitik, die zunehmend die Berufsfelder von Sozialer Arbeit und Pflege bestimmen wird, soll zukünftig ein wichtiger Bestandteil der Zusammenarbeit sein.

In diesem Zusammenhang sind auch die im Berichtszeitraum erfolgten Neubesetzungen von Stellen zu erwähnen, weil bei den Berufungen der Gesichtspunkt der Internationalität eine besondere Rolle gespielt hat. Zum 1. März 2005 haben neu an der Hochschule ihre Arbeit aufgenommen:

- Frau Prof. Dr. phil. Nina Kölsch-Bunzen, Sozialarbeitswissenschaft/Sozialpädagogik
- Frau Prof. Dr. phil. Marion Laging, Sozialpädagogik/Sozialarbeitswissenschaft

- Herr Prof. Dr. rer. soc. Axel Groenemeyer, Soziologie
- Herr Prof. Dr. rer. pol. Jürgen Holdenrieder, Betriebswirtschaftslehre.

Bereits zum 1. September 2004 hat Herr Prof. Dr. rer.soc. Heinz Bartjes seine Tätigkeit aufgenommen (1/2 Stelle, gegenwärtig auf 75 % erhöht). Aufgestockt auf eine volle Stelle zum 1. März 2005 wurde die Professur von Frau Prof. Dr. rer. soc. Maria Bitzan, Sozialarbeitswissenschaft/Sozialpädagogik. Zum Sommersemester 2006 hat Herr Prof. Dr. phil. Thomas Heidenreich, Psychologie, seine Professur angetreten und zwar in Nachfolge von Frau Prof. Jutta Jacobi, die zum Ende des Sommersemesters 2005 in den Ruhestand getreten war. Herr Prof. Dr. jur. Walter Chilian wird zum Ende des Sommersemesters 2006 in den Ruhestand treten. Die Funktionsbeschreibung für die Wiederbesetzung dieser Stelle wird gegenwärtig in der Fakultät Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege vorbereitet.

III. FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG SOWIE WEITERBILDUNG

Forschung und Entwicklung sind an der Hochschule unverändert fest verankert, was sich unter anderem auch an den verschiedenen Forschungsprojekten ablesen lässt, die im Berichtszeitraum bearbeitet wurden:

- Dreijähriges Projekt „Sprachförderung im Vorschulalter“
(Kooperation der Städte Göppingen und UHINGEN zur Entwicklung von Sprachfördermaßnahmen verbunden mit Sprachstandserhebungen)
(gefördert über die Landesstiftung Baden-Württemberg)
Wissenschaftliche Leitung: Honorarprofessor Hans-Jochen Wagner,
Dipl.-Soz.päd. (FH)
- „Ein- und Ausstiegsprozesse von Skinheads“
(Dreijähriger Längsschnitt im Rahmen des interdisziplinären Forschungsverbundes „Desintegrationsprozesse - Analysen zur Stärkung von Integrationspotentialen einer modernen Gesellschaft“
(gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung)
Wissenschaftliche Leitung: Prof. Dr. Kurt Möller
- „Entwicklung nationaler Expertenstandards für den Bereich 'Sturzprophylaxe in der Pflege',,.. Projektpartner: Deutsches Netzwerk für Qualitätsentwicklung (DNQP)
(gefördert durch das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung)
Wissenschaftliche Leitung: Prof. Dr. Astrid Elsbernd
- „Entwicklung von Bachelor- und Master-Studiengängen“
(gefördert durch die Robert Bosch Stiftung GmbH)
Wissenschaftliche Leitung: Prof. Dr. Claudia Bischoff-Wanner
- „Kooperation HfS – Pflegeelternschule Baden-Württemberg e.V.“
(Fortbildung von Pflegeeltern; Praxisseminare mit Studierenden und Pflegeeltern)
Prof. Dr. Christine Köckeritz / Prof. August Huber / Prof. Konrad Stolz

- „Sprungbrett“, Wege zur Integration und Vereinbarung von Familie und Beruf
(Entwicklungspartnerschaft im Rahmen des EU-Programms EQUAL)
Teilprojekt: Beratung für Beratende
Wissenschaftliche Leitung: Prof. Dr. Angelika Diezinger
Projektpartner: Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation
Stuttgart; FWZ Frau und Technik e.V., Freiburg; Diakonisches Werk
Freiburg; Institut für angewandte Wirtschaftsforschung, Tübingen
- Assessing Deviance, Crime and Prevention in Europe (CRIMPREV)
(gefördert im Rahmen des EU-Programms FP 6, Second Call-Priority 7,
„Citizens and governance in Knowledge-based society“)
Wissenschaftliche Leitung: Prof. Dr. Axel Grönemeyer

Das Drittmittelaufkommen ist im Verhältnis zu den Haushaltsmitteln der Hochschule sehr gut, bei dem Veröffentlichungsindex – Zahl der wissenschaftlichen Veröffentlichungen pro Hochschullehrer/in – der regelmäßig vom Forschungs-koordinator der Fachhochschulen im Land erstellt wird, liegt die Hochschule unverändert in der Spitzengruppe und hat sich im Berichtszeitraum weiter verbessert. Diese Situation hat insoweit Anerkennung gefunden, als das Land auf Antrag der Hochschule seit 2005 das bislang ausschließlich aus Eigenmitteln finanzierte Institut für angewandte Forschung in den Kreis der staatlich geförderten Institute aufgenommen hat, wodurch die Ausweitung der Teilzeit einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin ermöglicht wurde.

Bei dieser insgesamt erfreulichen Situation trat jedoch kein Stillstand ein. Vielmehr hat das IAF im Berichtszeitraum eine intensive Diskussion über die zukünftige Orientierung in der Forschungsarbeit der Hochschule geführt, nicht zuletzt angeregt durch verschiedene externe Entwicklungen. Zum einen zeichnet sich ab, dass die Forschungsfinanzierung im sozialwissenschaftlichen Bereich noch schwieriger werden wird als sie bisher schon ist. Anders als bei der industrienahen Forschung sind forschungsinteressierte Institutionen, die Aufträge vergeben könnten, in ihren Ressourcen für solche Vorhaben sehr eingeschränkt, zum anderen wurde nunmehr das für die Fachhochschulen wichtige Programm der

Forschungsförderung an Fachhochschulen des Bundesforschungsministeriums ausschließlich auf wirtschaftsnahe Forschung umgestellt und nur noch in Randbereichen bestehen hier – allerdings weitgehend theoretische – Möglichkeiten einer Forschungsförderung für unsere Arbeitsfelder. Ähnliches gilt für Landesprogramme. Auch die institutionelle Förderung der Forschung an Fachhochschulen durch entsprechende Möglichkeiten der Änderung der Dienstaufgaben (Forschung statt Lehre) wurde eingeschränkt, auch wenn es ausdrücklich aufgrund der Initiative unserer Hochschule gelungen ist, die sehr restriktive Erlasslage des Wissenschaftsministeriums zu Gunsten der Sozialwissenschaften etwas zu verbessern. Hinzu kommt, dass die Forschungsförderung insgesamt – sei sie nun auf europäischer Ebene oder nationaler Ebene – zunehmend von Vernetzungsstrukturen abhängig gemacht wird, bei den von uns notwendig erachteten Forschungsvorhaben nicht immer in einem angemessenen Verhältnis zum Ertrag stehen. Ein anderer Grund für die Beschäftigung mit einer Neupositionierung war das lang angekündigte Programm zur Einrichtung von Zentren angewandter Forschung an Fachhochschulen (zweite Linie), das Anlass gab zu überlegen, ob nicht gerade hier für den sozialwissenschaftlichen Bereich ein tatsächlich vorhandener großer Bedarf sinnvoll aufgefangen werden kann.

Vor diesem Hintergrund hat das IAF eine Forschungskonzeption entwickelt, die davon ausgeht, dass personenbezogene soziale und gesundheitliche Dienstleistungen als Teilsystem der Produktion gesellschaftlicher Wohlfahrt und Daseinsvorsorge direkt und indirekt beeinflusst und gestaltet werden durch ökonomische Entwicklungen, politische Regulierungen, Veränderungen in der sozialen Lebensweise und der altersspezifischen und kulturellen Zusammensetzung der Bevölkerung. Diese Veränderungsprozesse bedürfen einer zukunftsorientierten Beschreibung und Analyse, die in entsprechende Gestaltungsvorschläge für soziale und gesundheitliche Dienstleistungen münden müssen. Das IAF möchte hierzu verstärkt angebotsorientiert auf die Praxis zugehen und Forschungs- und Entwicklungsprojekte vorschlagen, für die dann gemeinsam Finanzierungsquellen erschlossen werden. Folgende vier inhaltliche, sich teilweise verschränkende Perspektiven sollen im Vordergrund stehen:

a) Bedarf, Akzeptanz, Partizipation, Wirksamkeit und Qualität

Hier wird die Perspektive der (potentiellen) Nutzerinnen/Adressatinnen und Nutzer/ Adressaten betont. Es geht zum einen um die Vielfalt der Angebote und die Möglichkeiten, diese selbst bestimmt auszuwählen bzw. zu beeinflussen. Zum anderen werden die Fragen nach der Wirksamkeit und Qualität von Angeboten im engen Zusammenhang mit dem Gebrauchswert der Angebote für Nutzer/innen untersucht.

b) Steuerung

In den Vordergrund treten die Steuerungsmöglichkeiten und –probleme in dem Spannungsfeld der verschiedenen Ebenen politischer Regulierung, supranationaler Abstimmungen, privater Haushalte, dem Dritten Sektor, gewerblichen Anbietern und sozialräumlicher Netze.

c) Inhaltlich-konzeptionelle Gestaltung und professionelle Kompetenzen

Im Mittelpunkt stehen die (Neu)-Gestaltung von Inhalten für die künftige Aufgabenbewältigung und die entsprechende Qualität der professionellen Kompetenzen der Fachkräfte in den sozialen und pflegerischen Diensten.

d) Institutionelle und organisatorische Rahmenbedingungen

Ins Zentrum rücken die Gestaltung von Arbeitsverhältnissen und die Organisation der Arbeitsvollzüge in den verschiedenen Feldern der Humandienstleistungen.

Die Hochschule sieht in dem ausgeschriebenen Programm für die so genannten Zentren für angewandte Forschung an Fachhochschulen eine sehr gute Möglichkeit, dieses Vorhaben voranzubringen und nachhaltig in der Forschung an baden-württembergischen Fachhochschulen zu verankern. Sie hat deshalb im Mai 2006 einen entsprechenden Förderantrag zur Einrichtung eines sozialwissenschaftlichen ZAFH beim Land gestellt und zwar mit einer jährlichen Fördersumme von knapp 500.000,- Euro für den Zeitraum von drei Jahren. Es handelt sich hier bei der ersten Antragstellung zunächst um eine Projektskizze, auf deren Basis entschieden wird, ob ein Hauptantrag angefordert wird, der dann bis Ende 2006 vorzulegen wäre, so dass die Förderung zum 1.1.2007 beginnen könnte.

Bei diesem sehr grundlegenden Diskussionsprozess sowie bei der Vorbereitung der Antragstellung hat sich wieder gezeigt, dass eine Besonderheit unserer Hochschule, nämlich die Zusammenführung sehr unterschiedlicher Wissenschaftsdisziplinen einen unschätzbaren Vorteil bietet, nämlich den einer praktisch selbstverständlichen Interdisziplinarität, die für eine den komplexen gesellschaftlichen Anforderungen entsprechenden Forschung und Entwicklung unverzichtbar ist. Kollegial wurden die verschiedenen Ansätze diskutiert und auch die Entscheidung über die letztlich konkret vorzuschlagenden Forschungsvorhaben im Rahmen eines ZAFH getroffen. Ich möchte hier meinen Dank an Herrn Prof. Dr. Kurt Möller aussprechen, der bis Anfang 2006 die geschäftsführende Leitung des IAF inne hatte und auch an Frau Prof. Dr. Angelika Diezinger, die in diese Funktion als Nachfolgerin gewählt wurde und die auch als „Sprecherin“ für den Antrag zur Ausschreibung „Zentren für angewandte Forschung an Fachhochschulen“ verantwortlich zeichnet.

Bei der Weiterbildung wurde das seit mehreren Jahren erfolgreich eingeführte Modell der Kooperation mit nichtstaatlichen Weiterbildungsträgern fortgesetzt, bei welchen der freie Weiterbildungsträger die Gesamtorganisation der Weiterbildung übernimmt, Hochschullehrer/innen in Nebentätigkeit das von der Hochschule entwickelte Weiterbildungskonzept bei dem Weiterbildungsträger umsetzen und die Hochschule die Abschlüsse nach von den Professorinnen und Professoren verantworteten Prüfungen zertifiziert. Insbesondere das Angebot „Sozialwirt/in“ erfreut sich bei Personen aus der Sozialwirtschaft, die eine Leitungsfunktion anstreben oder auch schon innehaben, großer Beliebtheit. Es wird demnächst zum neunten Mal angeboten. Ähnliche Erfolge haben die Angebote im Bereich der Erlebnispädagogik und „Anwalt des Kindes“, die beide mit der Evangelischen Akademie Bad Boll gemacht werden, während das Angebot „Sozialwirt/in“ in Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Bildungswerk Baden-Württemberg stattfindet. Die Einnahmen für die Hochschule sind nicht unerheblich.

IV. AUF DEM WEG ZUR HOCHSCHULE ESSLINGEN

Der im ersten Halbjahr 2004 eingeschlagene Weg der beiden Esslinger Hochschulen zur Hochschule Esslingen war in der Folgezeit aus Sicht der Hochschule für Sozialwesen Esslingen in vielen Bereichen durchaus zielführend, in einigen wichtigen Punkten jedoch eher suboptimal. Für die zukünftige Verwaltung konnte eine Struktur entwickelt werden, die bei der größeren und umfangreicheren Verwaltung der Hochschule für Technik keine allzu großen Änderungen erforderte, andererseits aber auch den besonderen Bedürfnissen der Hochschule für Sozialwesen Esslingen entgegen kam. Besonders wichtig war, dass der Service für die Studierenden im Hochschulzentrum Esslingen weitgehend gesichert bleibt, was nun auch mit einer Verbesserung des Service für die Studierenden der bisherigen Hochschule für Technik im Hochschulzentrum verbunden werden konnte.

Für die Zusammenführung der einzelnen Abteilungen und insbesondere natürlich auch des dort beschäftigten Personals haben die beiden Verwaltungsdirektoren in regelmäßiger Absprache mit den Rektoraten und dem Personalrat tragfähige Lösungen entwickelt. Da der Bereich Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege zukünftig in der neuen Hochschule – anders wie gegenwärtig die Hochschule als ganze – keine Haushaltsautonomie hat, war es wichtig, dass die zukünftige Finanzausstattung der Fakultät Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege angemessen geregelt wird. Diese und andere Fragen wurden in der Vereinbarung der beiden Hochschulen vom 28. Juli 2005 mit wenigen Abstrichen zur Zufriedenheit der Hochschule für die Zukunft geregelt. Besonderer Wert wurde auf die Frage der Bibliotheksmittel gelegt, da die zukünftige Fakultät mit ihren „Bücherwissenschaften“ eine andere Ausstattung benötigt als zum Beispiel die stärker das Studium auf der Laborarbeit aufbauenden Studiengänge der Hochschule für Technik. Da die im Staatshaushaltsplan für die Bibliothek vorgesehenen Mittel bei weitem nicht hinreichend sind, hatte die Hochschule in der Vergangenheit diese Mittel deutlich aufstocken müssen, eine Möglichkeit, die aufgrund des angedeuteten Fehlens der Autonomie in der Zukunft so nicht mehr besteht. Hier wurde schließlich eine Lösung gefunden, von der auch die

„Bücherwissenschaften“ der betriebswirtschaftlichen Fakultät der bisherigen Hochschule für Technik profitieren werden.

Vereinheitlichungen bei dem Einsatz von Lehrauftragsmitteln auf der Basis des bisher an unserer Hochschule praktizierten Verfahrens bei den Vergütungssätzen, die bislang an der Hochschule für Technik bezahlt wurden, werden zu einer von den Fakultäten besser zu steuernden Mittelverwendung beitragen. Besonders wichtig war unserer Hochschule, dass für den Einsatz des so genannten Sieben-Prozent-Pools – die Möglichkeit, den Professorinnen und Professoren Deputatsbefreiungen zum Beispiel für Forschungstätigkeit gewähren zu können – in angemessener Weise so erhalten bleibt, wie es bislang als eigenständige Hochschule möglich war. Hier konnte eine Regelung getroffen werden, die nunmehr allen Fakultäten in gleicher Weise Gestaltungsmöglichkeiten gibt. Auch hinsichtlich der Fortbildungs- und Forschungssemester wurden die notwendigen Finanzierungsvoraussetzungen geregelt. Erwähnenswert ist weiter, dass die in der Fakultät erwirtschafteten Mittel aus Forschungs- und Weiterbildungsaktivitäten dort unter Berücksichtigung der bislang an der Hochschule für Technik üblichen Abschläge verbleiben können.

Einer besonderen Regelung bedurfte es auch, dass die Fakultät in ihrer personellen Ausstattung ähnlich ausgestattet wird wie es bislang an der Hochschule für Technik üblich ist, weil in der bisherigen Hochschule für Sozialwesen durch die dort bestehende Übersichtlichkeit Fakultätsaufgaben teilweise zentral mit erledigt worden sind, was zukünftig nicht mehr möglich sein wird. Von großer Bedeutung auch für die Einschätzung des gesamten Zusammenführungsprozesses war es, dass frühzeitig Klärung dahingehend erreicht wurde, dass die Ausstattung mit den Räumen, wie sie bisher für Studium, Lehre und Forschung vorhanden ist, nicht gefährdet wird; selbstverständlich waren natürlich Raumveränderungen im Hinblick auf die Umstrukturierung der Verwaltung.

Aus der Sicht der Hochschule sind hier funktionsgerechte Festlegungen in dem Kontrakt getroffen worden, das heißt er hat nicht das Ziel, Besitzstände ungerechtfertigt auf Dauer zu zementieren. Es geht vielmehr darum, die erfolgreiche Arbeit der Hochschule auch in Zukunft im Rahmen der neuen Hochschule soweit irgend

möglich fortsetzen zu können. Von daher ist für die Hochschule der folgende Satz aus der Präambel des Kontrakts von besonderer Bedeutung: „Es wird ... davon ausgegangen, dass für die besonderen Belange beider Hochschulen, die in ihrer bisherigen Entwicklung profilbildend waren, auch in der Zukunft angemessene Rahmenbedingungen entsprechend den im Folgenden getroffenen Regelungen geschaffen werden.“

Je näher das Datum 1.10.2006 rückte, umso differenzierter wurde natürlich der Blick auf die unterschiedlichen Verwaltungskulturen. Es stellte sich heraus, dass in vielen Einzelheiten es unterschiedliche Praktiken gibt. Bei zwei ausführlichen Gesprächen im April und Juni konnte hier eine lange Liste mit über dreißig Positionen so abgearbeitet werden, dass die Hoffnung auf möglichst geringe Reibungsverluste nach dem 1.10.2006 besteht. Dennoch ist aus der Sicht der Hochschule festzuhalten, dass die Größe der Hochschule für Technik notwendigerweise ein Maß an bürokratisierten Verfahren mit sich bringt (die nunmehr notgedrungen auf die neue Hochschule übertragen werden müssen), welches die kleinere und überschaubarere Hochschule für Sozialwesen nicht kennt, schon allein im Hinblick auf eine Vielzahl von Formularen und einzuhaltenden Prüfungsstufen vor einer endgültigen Entscheidung. Dass Politik solche organisationswissenschaftlich schon längst bekannten Tatsachen nicht bei ihren Entscheidungen beachtet, ist wohl als Regel anzusehen, tröstet allerdings die Betroffenen – konkret die Studierenden, Hochschullehrer/innen und Mitarbeiter/innen – wenig, wenn sie die Folgen zu spüren bekommen.

Wie bereits angedeutet, verlief eher suboptimal der zweite Strang des Weges zur Hochschule Esslingen, nämlich die Entwicklung ihres Profils so, dass sich das Profil der bisherigen Hochschule für Sozialwesen darin angemessen wieder finden lässt. Seitens der Hochschule wurde dieses Thema auf die Agenda eines Gesprächs mit dem Rektorat der Hochschule für Technik bereits im September 2004 gesetzt, bis zum jetzigen Zeitpunkt und auch absehbar bis zum 1.10.2006 ist ein echter Fortschritt in dieser Richtung nicht erkennbar. Es macht wenig Sinn, hier die einzelnen Schritte dieses gescheiterten Prozesses nachzuzeichnen oder gar zu versuchen, dafür Verantwortliche zu benennen. Aufgrund der in der Sitzung des Gründungsaufsichtsrats der Hochschule Esslingen im April 2006 vor-

getragenen Vorstellungen beider Rektorate zu einer zukünftigen Struktur- und Entwicklungsplanung lässt sich immerhin sagen, dass sich die Hochschulen in der Vergangenheit strukturell, das heißt unabhängig von ihren fachlichen Inhalten, unterschiedlich profiliert haben.

Die Hochschule für Sozialwesen hat ihr Profil immer wieder neu geschärft, indem sie im Sozial- und später auch im Gesundheitsbereich versucht hat, gesellschaftliche Tendenzen abzuschätzen, für welche angemessene akademische Berufsausbildung, aber auch Forschung und Entwicklung bereitgestellt werden müssen. Zuletzt war dies das Feld der Bildung und Erziehung in der Kindheit, für welches die Hochschule schon Jahre vor den heute aktuellen Überlegungen zur vorschulischen Erziehung und Bildung sich in ihrer Entwicklungsarbeit entschieden hat. Im Bereich Pflege war dies ähnlich. Nach fast zehnjähriger Auseinandersetzung hat das Land dann schließlich die akademische Pflegeausbildung an einer staatlichen Hochschule zugelassen – obgleich die Hochschule zu diesem Zeitpunkt nur mit Tendenzen für eine angemessene Beschäftigungsmöglichkeit ihrer zukünftigen Absolventinnen und Absolventen argumentieren konnte, die sich allerdings dann sehr zügig verwirklichen ließ. Wir gewinnen also Profil durch unseren Anspruch, aus der akademisch-wissenschaftlichen Sicht auf die Gesellschaft und auf die Praxis der Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen zukunftsweisende Ausbildungs- sowie FuE-Konzepte zu entwickeln, wenn auch immer auf verschiedene Weise rückgekoppelt an die gesellschaftliche Praxis. Sehr zentral ist dabei neben den Interessen der Studierenden und der Beschäftigungsträger die Perspektive der Nutzer/innen der Leistungen – und auch das macht einen wesentlichen Unterschied aus.

Ohne dies abschließend einschätzen oder gar bewerten zu wollen, gewinnt die Hochschule für Technik ihr Profil auf deutlich andere Weise. So wie sich dies bei der erwähnten Gründungsaufsichtsratssitzung zur Struktur- und Entwicklungsplanung darstellte, versucht sie, die konkrete Abnehmerseite ihrer Absolventinnen und Absolventen in Industrie und Wirtschaft in den Vordergrund zu stellen und – durchaus zukunftsgerichtet – ihr Studienangebot (und wohl auch ihr FuE-Angebot) danach zu orientieren. Dies geht bis zu einer möglichst präzisen Abschätzung, ob auch reale Beschäftigungsmöglichkeiten am Ende eines Studiums stehen

werden. Es ist unmittelbar einleuchtend, dass auch dies zu einer attraktiven Profilierung bei Studieninteressierten, Studierenden und in Industrie und Wirtschaft führt, Herangehensweise und Perspektiven unterscheiden sich jedoch deutlich vom Ansatz der Hochschule für Sozialwesen.

Die Gegenüberstellung beider Profilierungsansätze zeigt die strukturellen Schwierigkeiten ihrer Vereinbarkeit. Zunächst oberflächlich betrachtet kann die Hochschule für Sozialwesen in ihrem Feld nicht in einer solch engen Wechselbeziehung sich profilieren, einfach, weil dieses Feld viel zu diffus ist, und nicht einmal annäherungsweise kann sie auf verbandliche Strukturen vergleichbar z. B. dem VDI, dem VDMA, dem LVI zurückgreifen. Weiter besteht eben in den Feldern der Hochschule für Sozialwesen die enge Anbindung an gesamtgesellschaftliche Veränderungen, die oft ganz neue und über längere Zeit kaum strukturierte Berufsfelder hervorbringen. Typisch sei hier die Schulsozialarbeit genannt, die über viele Jahre nur vereinzelt und projektfinanziert angeboten worden ist und erst in den letzten Jahren bei institutionell auch dauerhaft ansprechbaren Beschäftigungsträgern verankert wurde. Ganz ähnlich war dies bei dem Berufsfeld Soziale Arbeit in Frauenhäusern. Hätte hier die Hochschule in ihrem Ausbildungsprogramm Soziale Arbeit für die genannten Felder nicht aufgenommen, nur weil trotz entsprechender gesellschaftlicher und individueller Bedarfe konkrete Beschäftigungsmöglichkeiten zunächst nicht bestanden, dann hätte sie ihren Studierenden ein unangemessenes, weil die Zukunft nicht einbeziehendes Angebot gemacht.

Letztlich geht es aber vor allem um die strukturell andere Perspektive. Ganz konkret muss die Hochschule für Sozialwesen ihr Profil dadurch gewinnen, dass sie aus ihrem sozialwissenschaftlichen Blick die langfristig richtigen Ausbildungs- sowie Forschungs- und Entwicklungskonzepte entwickelt, während die Hochschule für Technik aus ihrem wissenschaftlichen Blick die in Industrie und Wirtschaft erkennbaren beruflichen Anforderungen sowie den dort aufgezeigten FuE-Bedarf in ihren Konzepten umsetzt.

Beide Profilierungsansätze sind in den beiden Hochschulen erfolgreich und das eigentlich Beklagenswerte ist, dass mit der erzwungenen Zusammenführung sich

die beiden Profilierungsstrategien als jeweils eigenständige und unabhängige nicht fortführen lassen und – für die Hochschule für Sozialwesen dramatischer – es sich nicht absehen lässt, wie diese Profile im Konzert der Wettbewerber zukünftig erhalten werden können. Aus Sicht der Hochschule für Sozialwesen kann man die Augen nicht vor den doch strukturell großen Unterschieden in der Profilierungsstrategie verschließen, die es zunächst einmal schwer vorstellbar machen, dass die „Betroffenen“ (zu denen auch die Mitglieder der Hochschulräte der beiden Hochschulen gehören) ohne fremde Hilfe von außen zu einer neuen zukunftsweisenden Profilbildung kommen können. Obgleich für einen solchen Prozess in der zur Verfügung stehenden Zeit genügend Gelegenheit bestanden hätte, ist dies trotz unserer Bemühungen nicht gelungen und wir betrachten dies durchaus als große Hypothek für den weiteren Gang der Zusammenführung.

V. QUALITÄTSSICHERUNG UND QUALITÄTSENTWICKLUNG

(Prorektorin Prof. Christel Althaus)

Im Gutachten für das Akkreditierungsverfahren 2005 wurde der Hochschule für Sozialwesen Esslingen eine hohe Qualität für ihre Studienangebote bescheinigt und für die Entwicklungen im Rahmen des Bolognaprozesses sogar eine wegweisende Rolle zugesprochen. Diesen hohen Standard zu halten, ist selbstverständlich das erklärte Ziel der Hochschule, eine lernende Organisation und lernbereite, offene Lehrende wie auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Voraussetzung. Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung an der Hochschule für Sozialwesen vollzieht sich auf unterschiedlichen Ebenen: Lehre, Lehrende, Studierende, Praxis, Organisation.

Lehre

Für die Weiterentwicklung der Lehre wurde ein differenziertes mehrstufiges Evaluationssystem eingeführt. Es beinhaltet neben den studentischen Bewertungen zu den einzelnen Lehrveranstaltungen Evaluationen auf der Ebene der Module, des Semesters und des Gesamtprogramms. Die konkrete Lehre wird von jedem/jeder Lehrenden individuell evaluiert. Die methodische Gestaltung des Feedbacks wählen dabei die Lehrenden nach didaktischen Kriterien eigenständig. Durch die konsequente Darstellung der Kompetenzen wie auch der Level in den einzelnen Modulbeschreibungen sind die Qualitätsniveaus gut evaluierbar. Diese Ergebnisse dienen dementsprechend in erster Linie der Verbesserung der Qualität von Inhalt und Präsentation des Lehrstoffes durch einzelne Lehrende.

Weiter wird die Qualität der Module sowohl mit Hilfe von standardisierten Fragebögen als auch in Feedbackgesprächen mit einzelnen Lerngruppen, TeilnehmerInnen einer Übung oder mit dem AStA überprüft. Dabei werden die Anregungen der Studierenden sehr ernst genommen. Die Ergebnisse werden von der Studienkommission gesammelt und ausgewertet. Dem Fachbereichsrat werden die Ergebnisse vorgetragen und Veränderungsvorschläge zur Entscheidung vorgelegt.

Das Rektorat und das Dekanat führen einmal im Semester Gespräche mit der Studierendenvertretung, um den engen Kontakt zu den Studierenden zu erhalten.

Tradition hat inzwischen der so genannte Vorausschuss, in dem die Studierendenvertretung im Fakultätsrat sich gemeinsam mit anderen Studierenden und mit der Unterstützung von Lehrenden und Praxisamt auf die Fakultätsratssitzungen vorbereiten.

Mit der Umstellung der Studiengänge auf Bachelor- und Master-Strukturen musste auch von Lehr- auf Lernprozesse umgestellt werden. Die Konstruktion der Bachelorstudiengänge an der Hochschule mit ihrer konsequenten Kompetenz- und Zielorientierung in den Modulen vollzieht diesen Paradigmenwechsel. Die Modularisierung und die inter- oder multidisziplinäre Anlage der Module erfordern in der Praxis aber gründliche Absprachen zwischen allen Modulbeteiligten, insbesondere auch mit den Lehrbeauftragten. Es gibt daher für jedes Modul eine/n Verantwortliche/n, die/der die Inhalte und die Didaktik koordiniert. Auch die Rolle der Lehrenden veränderte sich. Selbstorganisiertes Lernen erfordert eine veränderte Didaktik, die traditionelle Präsenzlehre ist nicht mehr die Lehrform schlechthin. Zwei Maßnahmen kommt in diesem Zusammenhang eine hohe Bedeutung zu: die Fortbildung von Hauptamtlichen und Lehrbeauftragten zu neuen Lehr- und Lernformen (kollegialer Austausch, Inhouse-Seminare und Fortbildungen über die Geschäftsstelle für Hochschuldidaktik) zum einen sowie die Einführung der E-Learning-Plattform CLIX und das entsprechende Training der Lehrenden zum anderen. Mit dieser Lernplattform haben die Studierenden die Möglichkeit, auch außerhalb der Lehrveranstaltungen Fragen zu stellen und zu klären.

Lehrende

Die Lehrenden der Hochschule nutzen zur individuellen Weiterentwicklung in Theorie und Praxis regelmäßig die Möglichkeit zu einem Fortbildungssemester. Der Fachaustausch mit Kolleginnen und Kollegen aus Praxis und anderen Hochschulen, das Engagement in regionalen, bundesweiten und auch internationalen Gremien sichert die Aktualität der Lehrinhalte und den Praxisbezug der Lehrenden.

Die regelmäßig am Ende jedes Semesters stattfindende Klausurtagung der Professorinnen und Professoren gehört seit 1986 unverzichtbar zur Qualitätskultur der

Hochschule. Diese im Hochschuljargon Pädagogischer Tag genannte Klausur dient dem vertiefenden fachlichen Gedankenaustausch im Kollegium, welcher in den Gremien wegen der Fülle der zu bearbeitenden Themen während des Semesters so nicht möglich ist. Gleichzeitig dient er dem Erhalt des positiven Arbeitsklimas und der Förderung der Kommunikation und Kooperation unter den Lehrenden.

Studierende

Die Studierendenberatung bietet Studierenden mit Hilfe eines vielfältigen Beratungsangebots Unterstützung bei unterschiedlichen Fragen und Problemen wie Lernschwierigkeiten und Leistungsprobleme, finanzielle Nöte, Probleme der Vereinbarung von Studium und Familie, Behinderung, oder persönliche Lebenskrisen. In jeder Studienstufe findet eine institutionalisierte Studienberatung statt, wie beispielsweise im dritten Semester eine Informationsveranstaltung zur Vorbereitung auf das Praxissemester, während der praktischen Studiensemester eine Informationsveranstaltung zur Gestaltung des Projektstudiums und zu Möglichkeiten individueller Schwerpunktsetzungen. Dazu hin werden schriftliche Informationen ausgegeben, die auch auf der Website der HfS zu finden sind. Für Studienanfänger/innen wurde zur Einführung eine CD-Rom entwickelt, die die wichtigsten Informationen für das Studium enthält: Modulhandbücher, StuPO, Diploma Supplement, Prüfungsstandards, Studieninformationen u.a.m.

Die persönliche Beratung im Zusammenhang mit der Studienorganisation durch die Studiengangleitung und die ProfessorInnen wird fachspezifisch qualifiziert ergänzt durch die Beratung im Praxisamt und im Akademischen Auslandsamt. Die Mitarbeiterin und der Mitarbeitern im Praxisamt helfen bei der Vermittlung und Durchführung praktischer Studiensemester. Neben der persönlichen Beratung hat sich die umfangreiche und informative Online-Praxisstellendatenbank sehr bewährt, die im Übrigen auch Studieninteressierten als Informationsquelle gute Dienste leistet, wenn sie sich einen Überblick über die Arbeitsfelder und Tätigkeiten der verschiedenen Studiengänge verschaffen wollen.

Die Leiterin des Akademischen Auslandsamts informiert über Studienmöglichkeiten im Ausland, Praxisstellen und Stipendien für Auslandsaufenthalte (Out-

goings) und betreut und berät auch Incomings und ausländische Studierende individuell und in Gruppen und erleichtert ihnen so die Integration und die Bewältigung des Studiums.

Praxis

Für die Kooperation mit der Praxis haben sich an der Hochschule vier wichtige Instrumente etabliert:

- Die Arbeitskreise „Regionale Praxis“, in denen ein bis zwei Mal jährlich ein Gedankenaustausch über die fachlichen Entwicklungen und die Erfordernisse für die Ausbildung gepflegt wird.
- Das alle zwei Jahre stattfindende „Forum Praxis / Hochschule“, das der Praxis die Möglichkeit bietet, ihre Arbeit darzustellen und den Studierenden, PraktikantInnen und vor allem AbsolventInnen, sich über Tätigkeiten, Arbeitsplätze und Praxisstellen zu informieren.
- Die Hochschultage, die als Fachtagungen dazu dienen, gemeinsam Innovationsbedarfe in bestimmten Feldern und im Zusammenhang mit bestimmten Themen zu erörtern, zum Beispiel im Jahr 2006 zum Thema „Hartz IV und die Professionalisierung der Sozialen Arbeit“, der von Prof. Dr. Strunk organisiert und moderiert wurde.
- Mit dem Institut für angewandte Forschung und Entwicklung (IAF) verfügt die Hochschule über ein Instrument, mit dem sie insbesondere für den lokalen und regionalen Arbeitsmarkt attraktive und gewinnbringende wissenschaftliche Unterstützung leisten kann (wissenschaftliche Begleitung, Konzeptionsentwicklung, Evaluation ...).

Um die Einmündung der Absolventinnen und Absolventen in den Arbeitsmarkt zu beobachten, werden ein Jahr nach Studienabschluss die Absolventinnen und Absolventen angeschrieben. Der Rücklauf liegt bei fünfzig bis siebzig Prozent und ermöglicht qualifizierte Rückschlüsse auf Beschäftigungsquoten und Beschäftigungsarten. Als Career Service für Studierende und AbsolventInnen dient neben dem Praxisamt der Verein Contact-AS e.V., dem die Hochschule für Sozialwesen und drei anderen Hochschulen in der Region angeschlossen sind und der Kurse für arbeitsmarktrelevante Schlüsselqualifikationen wie interkulturelle

Kompetenz oder Bewerbungstrainings anbietet sowie ggf. bei der Existenzgründung unterstützt.

Organisation Hochschule

In einer so überschaubaren Einrichtung wie der Hochschule ist das persönliche Gespräch erstens möglich und zweitens ersetzt es manche in größeren Institutionen erforderliche Qualitätssicherungsinstrumente wie Lenkungsgruppen, Qualitätszirkel oder Vorschlagssysteme. Da davon auszugehen ist, dass in der neuen Hochschule Esslingen die an der FHTE vorhandenen Gremien zur Qualitätssicherung sowie deren bereits gut funktionierendes, modernes Qualitätssicherungssystem weitgehend fortgeführt werden wird, werden sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Professorinnen und Professoren der Hochschule für Sozialwesen dort ein“klinken“.

Die Hochschule hat einen Anteil weiblicher Studierender von über siebzig Prozent in allen Studiengängen. Vielfach handelt es sich dabei um Studentinnen, die über den zweiten Bildungsweg an die Hochschule kamen und sich besonderen Herausforderungen bezüglich Vereinbarkeit von Studium – Familie – Job stellen müssen. Das bedeutet besondere Sorgfalt der Hochschule für die Gestaltung der Studienbedingungen. Folgende Maßnahmen sind seit den 1990er Jahren implementiert:

- Das Studentenwerk betreibt für beide Esslinger Hochschulen eine Kindertragesstätte mit acht Plätzen für Kinder von ein bis vier Jahren.
- Im Rahmen der Studien- und Prüfungsordnung gibt es für Eltern und pflegende Angehörige an der Hochschule die Möglichkeit, Praxiszeiten flexibler zu gestalten, ohne Ausbildungsstandards herabzusetzen.
- Die Professorinnen und Professoren der Hochschule sind im Rahmen ihrer fachlichen Kooperation, die Gleichstellungsbeauftragte zusätzlich noch über den Frauenrat der Stadt Esslingen mit Organisationen wie zum Beispiel Tageselternverein, Beratung für schwangere Frauen, Psychologische Beratungsstelle, Mütterzentrum, Sozialamt vernetzt. So haben die Studierenden unkomplizierten Zugang zu den Einrichtungen vor Ort.

Im Sommersemester 2006 haben sich die beiden Esslinger Hochschulen auf den Weg gemacht, sich dann als Hochschule Esslingen als „Familienfreundliche Hochschule“ zertifizieren zu lassen. Ziel ist es,

- für Studierende mit Familienpflichten die Studienbedingungen zu verbessern und die Gefahr eines Studienabbruchs zu reduzieren,
- die Arbeits- und Forschungsbedingungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit Kind zu verbessern und
- Angestellten mit Kind oder zu pflegenden Angehörigen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

Besonders erfreulich ist, dass beide Esslinger Fachhochschulen den Zertifizierungsprozess gemeinsam begonnen haben, so dass für die künftige Hochschule Esslingen die entsprechenden Voraussetzungen für den Erhalt und die Weiterentwicklung familienfreundlicher Studienbedingungen bereits mit dem Start gegeben sein werden.

VI. HOCHSCHULPOLITISCHE SITUATION

Mit Beginn des Jahres 2005 trat im Land Baden-Württemberg das neue Landeshochschulgesetz in Kraft. Für die Hochschule war aus diesem Gesetz zunächst einmal das im Abschnitt IV abgehandelte Thema der Aufhebung der beiden Esslinger Hochschulen und deren Zusammenführung in die neue Hochschule Esslingen von Bedeutung. Die zahlreichen Neuregelungen zu den Organen und zur inneren Struktur der Hochschulen bedurften gerade im Hinblick auf die Zusammenführung der Esslinger Hochschulen besonderer Anstrengungen. Neben den jeweiligen Hochschulgremien und Leitungsorganen wurden bereits Gründungsgremien und Gründungsorgane gebildet. Hier ergaben sich einige zusätzliche Schwierigkeiten, zum Beispiel bei im „Normalbetrieb“ an sich einfachen Fragen zur Wahl der neuen Organe für die Zeit ab 1.10.2006, die jedoch im Wesentlichen ohne größere Reibungsverluste bewältigt werden konnten. Die neue Grundordnung wurde formuliert und vom Gründungssenat bereits in seiner zweiten Sitzung Anfang 2006 verabschiedet, so dass das Genehmigungsverfahren beim Wissenschaftsministerium zwischenzeitlich erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Auf dieser Basis wurden dann auch die Wahlen zum Senat der neuen Hochschule und zu den Fakultäten durchgeführt, so dass noch vor dem 1.10.2006 in konstituierenden Sitzungen der Fakultäten auch die Fakultätsvorstände bestimmt werden können.

Zum 1. Januar 2005 gilt für neu eingestellte Professorinnen und Professoren bundesweit die neue Bundesbesoldungsordnung W mit einem Mindestgehalt von derzeit 3.890,03 Euro in W 2 bzw. 4.723,61 Euro in W 3 pro Monat, zu welchem funktions- und leistungsbezogene variable Gehaltsbestandteile hinzukommen können. Dieses Thema war Gegenstand ausführlicher Verhandlungen im Gründungsrektorat. Nachdem das Rektorat der Hochschule für Technik bereits Anfang 2005 wesentliche Elemente der Vorschläge der Rektorenkonferenz in einem Konzept umgesetzt hatte und unsere Hochschule ihre Umsetzung im Mai 2005 konzeptionell abschließen konnte, begann danach ein intensiver Abstimmungsprozess zwischen Herrn Rektor van der List und mir, der auch immer wieder in mehreren Veranstaltungen zu den Professorinnen und Professoren beider Hochschulen

rückgekoppelt wurde. Aus beiden Konzeptionen wurden sehr viele Punkte in eine letztlich neue Konzeption übernommen, die wesentlich davon gekennzeichnet ist, dass bei den leistungsbezogenen Gehaltsbestandteilen mit dem Mittel der Zielvereinbarung über eine Laufzeit von drei Jahren gearbeitet wird und für die Bewertung besonderer Leistungen klare und für die einzelne Person auch vorhersehbare Kriterien festgelegt wurden. Erste Erfahrungen bei der Umsetzung lassen erkennen, dass die vorgesehenen Verfahren handhabbar sind. Ausdrücklich ist aber eine Evaluation des gesamten Verfahrens nach einer gewissen Zeit vorgesehen. In unserer Hochschule zeichnet sich zumindest gegenwärtig ab, dass von der eingeräumten Optionsmöglichkeit von der C-Besoldung zur W-Besoldung kein Gebrauch gemacht werden wird (wobei nur wenige Personen betroffen sind), so dass die fragliche Richtlinie für die nach dem 1.1.2005 an die Hochschule gekommenen Professorinnen und Professoren von Bedeutung ist. Dies sind gegenwärtig fünf Personen.

Im Berichtszeitraum habe ich noch bis Februar 2006 mein Amt im Vorstand der Rektorenkonferenz wahrgenommen, mich im Hinblick auf mein Ausscheiden aus dem Rektorat zum 30.9.2006 bei der Neuwahl aber nicht mehr zur Wahl gestellt. Der Vorstand hat mich allerdings gebeten, noch beratend bei hochschulrechtlichen Fragen mit hochschulpolitischem Bezug zur Verfügung zu stehen.

Meine Tätigkeit im Stiftungsrat der Evaluationsagentur dauert fort, da ich in dieser Funktion als Person vom Minister ernannt worden bin. Hier ist allerdings gegenwärtig eine gewisse Stagnation eingetreten, da die Evalag durch den Rücktritt des Vorsitzenden des Stiftungsrats sowie den Rückzug der Vertreter der Universitäten aus dem Stiftungsrat in ihrer Funktionsfähigkeit deutlich eingeschränkt ist. Welche Aufgaben die Evalag in der Zukunft übernehmen wird, ist gegenwärtig offen. Eine vom Minister eingesetzte Expertenkommission hat hierfür Vorschläge gemacht, die demnächst in der Evalag und mit dem Ministerium beraten werden sollen.

Der Bologna-Prozess, der in unserer Hochschule mit der Akkreditierung der neu eingerichteten Studiengänge zu einem gewissen Abschluss gekommen ist, geht unverändert weiter, das heißt der oben erwähnte neue Studiengang „Bildung und

Erziehung in der Kindheit“ wird nunmehr auch für die Akkreditierung vorbereitet. Es ist erfreulich, dass wir in den Akkreditierungsverfahren bundesweit intensiv einbezogen sind. In zwei der vier Akkreditierungskommissionen der vier Akkreditierungsagenturen in Deutschland sitzen ständige Vertreter unserer Hochschule, Frau Prof. Diezinger bei der Akkreditierungsagentur AQUIN, ich selbst bei der Akkreditierungsagentur AQAS. Außerdem haben mehrere Kolleginnen und Kollegen zwischenzeitlich als Peers an Akkreditierungsverfahren teilgenommen, zusätzlich Frau Prof. Diezinger noch als Gruppensprecherin bei einer Evaluation in Nordrhein-Westfalen.

VII. FINANZEN

(Verwaltungsdirektor Gerhard Wörner)

In den im Berichtszeitraum liegenden Haushaltsjahren wurden der Hochschule vom Land in den jeweiligen Staatshaushaltsplänen folgende Stellen und Mittel bereitgestellt:

	2004	2005	2006
Stellen			
• Professorinnen/Professoren (einschl. Rektor)	28,0	28,0	28,0
• darunter			
- C 3/W 3 (ab 2005)	(16,0)	(8,0)	(8,0)
- C 2/W 2 (ab 2005)	(11,0)	(20,0)	(20,0)
• Beamtinnen/Beamte (geh. Dienst)	2,0	2,0	2,0
• Angestellte	<u>13,5</u>	<u>13,5</u>	<u>13,5</u>
insgesamt	43,5	43,5	43,5
Mittel	Tsd.€	Tsd.€	Tsd.€
• Personalmittel für Stellen	2.512,9	2.509,0	2.509,0
• Sonstige Personal-, Sach- und Investitionsmittel	<u>306,8</u>	<u>306,8</u>	<u>306,8</u>
insgesamt	2.819,7	2.815,8	2.815,8

Aufgrund der Besoldungsreform wurden die Stellen der Professorinnen und Professoren im Jahr 2005 in die neuen W-Besoldungsgruppen umgewandelt. Lag der Anteil der ehemals C 3-Stellen an der Gesamtzahl der Stellen noch bei 60 Prozent, beträgt er bei den W 3-Stellen noch 25 Prozent.

Sowohl bei der Anzahl und Wertigkeit der Stellen als auch bei den Mittelansätzen erfolgte in dem genannten Zeitraum eine reine Fortschreibung. Weder die Fülle zusätzlicher Aufgaben durch die Hochschul- und Besoldungsreformgesetze noch tarifliche Erhöhungen und Preissteigerungen in diesem Zeitraum fanden in den Haushalten Berücksichtigung. Vielmehr mussten die vom Land verhängten

Sparmaßnahmen angesichts der angespannten allgemeinen Finanzsituation auch von den Hochschulen mitgetragen werden. Von der allgemeinen Stelleneinsparung der Jahre 2005 bis 2008 war die Hochschule aufgrund ihres ohnehin geringen Personalstandes zwar glücklicherweise ausgenommen worden, dagegen führten die Einsparungsaufgaben zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgaben zu einer erheblichen Belastung. Die Beträge, die bei den Sonstigen Personal-, Sach- und Investitionsmitteln einzusparen waren, betragen im Jahr

2004: 110,7 Tsd. €
 2005: 64,7 Tsd. €
 2006: 73,4 Tsd. €

Die dramatische Kürzung der Personal-, Sach- und Investitionsmittel durch die Einsparungsaufgabe im Jahr 2004 um rund 37 Prozent konnte die Hochschule nur dadurch auffangen, dass in den Jahren 2003 und 2004 mehrere Professorinnen und Professoren in den Ruhestand gingen und durch die nicht sofortige Wiederbesetzung der Stellen hohe Verstärkungsmittel geschöpft werden konnten. Angesichts der mittlerweile „chronischen“ defizitären Grundausstattung gewinnen die Schöpfungsmittel aus nicht besetzten Stellen neben der Stärkung der Einnahmenseite durch Drittmittel und den ergänzenden Zuweisungen aus zentralen Kapiteln zunehmend an Bedeutung. Deren Entwicklung in diesem Zeitraum zeigt die nachstehende Übersicht (Beträge für 2006 beruhen auf Kalkulationsbasis).

	2004	2005	2006
	Tsd.€	Tsd.€	Tsd.€
• Verstärkungsmittel aus nicht besetzten Stellen	189,0	81,2	41,2
• Einnahmen	255,5	186,5	137,5
darunter			
- Drittmittel für Projekte	(189,1)	(136,2)	(86,2)
- Einnahmen aus Weiterbildungsmaßnahmen	(15,6)	(14,1)	(15,0)
• Zuweisungen aus Zentralkapiteln	95,4	196,3	155,4
darunter			
- Mittel aus der leistungsorientierten Mittelverteilung	(35,7)	(37,2)	(0,0)

Die Drittmiteinnahmen für Forschungs- und Entwicklungsprojekte gestalteten sich auf hohem Niveau. Gemessen an den der Hochschule im Haushalt zur Verfügung stehenden Personal-, Sach- und Investitionsmittel in Höhe von 306,8 Tsd. € betrug das Drittmittelaufkommen bspw. im Jahr 2005 rund 45 Prozent, eine Größenordnung, mit der die Hochschule durchaus mit großen Hochschulen konkurrieren kann.

Die Steigerung der Zuweisungen aus Zentralkapiteln im Jahr 2005 beruhte im Wesentlichen auf der Aufnahme des Instituts für angewandte Forschung der Hochschule in das Grundförderprogramm des Ministeriums und auf einer bis Ende des Jahres 2006 laufenden Förderung aus dem Mathilde-Planck-Promotionsprogramm, mit der eine wissenschaftliche Mitarbeiterin im Rahmen ihrer Promotion beschäftigt wird.

Erfreulich für die Hochschule waren die Ergebnisse der Jahre 2004 und 2005 aus der leistungsorientierten Mittelverteilung mit einem Plus von jeweils knapp 40 Tsd. € Die späte Bekanntgabe der Zahlen – für 2006 liegen sie bis heute nicht vor – führte allerdings zu nicht unerheblichen Planungsunsicherheiten.

Nur durch die zusätzlichen Finanzierungsquellen und die ungekürzte Übertragung von Ausgaberesten aus Vorjahren war es der Hochschule möglich, die Qualität ihrer Lehre und das Niveau ihrer Forschungstätigkeit aufrecht zu erhalten. Mit der sukzessiven Ausstattung ihrer Seminarräume im Berichtszeitraum mit Beamern und Projektionswänden konnte ein den heutigen Erfordernissen entsprechender Standard erreicht werden. Mit der Einrichtung eines weiteren EDV-Pools wurden für die Studierenden zehn zusätzliche EDV-Arbeitsplätze geschaffen. Als Fazit kann man die Finanzsituation der Hochschule im Berichtszeitraum als zufriedenstellend auf bescheidenem Niveau bezeichnen.

Die im Zuge der „Neuen Steuerungsinstrumente“ des Landes eingeführte Kosten- und Leistungsrechnung wurde mit Unterstützung des Instituts für Controlling Prof. Dr. Ebert, Nürtingen, weiter entwickelt. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Schaffung der technischen Voraussetzungen und Aufbereitung der Daten für das externe Berichtswesen und den mehrfach notwendigen Anpassungen der seit dem

Jahr 2004 zu liefernden externen Berichte an die geänderten Landesvorgaben. Erste inhaltliche Auswertungen der von den Hochschulen vorzulegenden Quartalsberichte erfolgen ab dem Jahr 2006. Daraus sich ergebende Erkenntnisse dürften allerdings im Hinblick auf die bevorstehende Zusammenführung der Esslinger Hochschulen zur „Hochschule Esslingen“ keine besondere Relevanz mehr haben.